

An den
Direktor der Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen als Landesbeauftragten

über den Geschäftsführer
der Kreisstelle

als Landesbeauftragten im Kreise

Betreff

Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) gemäß RdErl d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz v. 26.3.2007

Betriebs-Nr.

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

1 Antragsteller

Antragsteller	Name, Vorname	geb. am	
Ehegatte	Name, Vorname	geb. am	
Haupt- und Nebenberuf	Berufsausbildung des Antragstellers		
Postleitzahl	Ort/Kreis	Straße/Telefon	
Betreuer			
Bearbeitungsstelle/Postleitzahl/Ort	Straße/Telefon	Bearbeiter	
Bankverbindung:	Bezeichnung des Kreditinstituts	Bankleitzahl	Konto Nr.

1.1 Erklärungen des Antragstellers zum Betrieb ¹

1.1.1 ☐ Ich bin selbstwirtschaftender landwirtschaftlicher Unternehmer

☐ als Alleinunternehmer seit dem.....
(Monat, Jahr)

☐ als Mitunternehmer mit
seit dem
(Monat, Jahr)

☐ Ich bin Junglandwirt (zum Zeitpunkt der Antragstellung jünger als 40 Jahre)

1.1.2 ☐ Am Unternehmen ist die öffentliche Hand nicht oder zu nicht mehr als 25 v.H. des Eigenkapitals beteiligt

1.1.3 ☐ Das Unternehmen ist steuerlich als gewerbliches Unternehmen eingestuft. Die Geschäftstätigkeit besteht zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 % der Umsatzerlöse) darin, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen.

1.1.4 ☐ Der Betrieb wird von einer Körperschaft (mit Ausnahme von Gebeitskörperschaften), Personenvereinigung oder Vermögensmasse bewirtschaftet, die unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgt.

¹ zutreffendes ankreuzen

1.2 Erklärungen des Antragstellers zu den Einkünften

(Die Unterlagen (Steuerbescheide, Nichtveranlagungsbescheinigung) sind zur Antragstellung vorzulegen)

1.2.1 Ich werde zur Einkommenssteuer veranlagt.

Meine positiven Einkünfte und die meines von mir nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten betragen im Durchschnitt

- nach den letzten
drei Steuerbescheiden EUR
- nach dem letzten
Steuerbescheid EUR

1.2.2 Ich werde nicht zur Einkommenssteuer veranlagt und erkläre meine Einkünfte und die meines von mir nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten wie folgt:

	positive Einkünfte	
	des Antragstellers EUR	des Ehegatten EUR
aus Land- und Forstwirtschaft		
aus Gewerbebetrieb		
aus selbständiger Arbeit		
aus nichtselbständiger Arbeit		
aus Kapitalvermögen		
aus Vermietung und Verpachtung		
sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG		
Summe der positiven Einkünfte		

2. **Maßnahme:**

2.1 Bezeichnung der
Maßnahme
.....
.....

2.2 Durchführungszeitraum: von bis

2.3 Die Maßnahme ist bestimmt zur

- ☐ Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten
- ☐ Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung
- ☐ Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen
- ☐ Direktvermarktung
- ☐ Verbesserung Tierhygiene und Tierschutz

3. **Gesamtkosten** (laut Investitionskonzept) EUR

4. **Beantragte Zuwendung**

1. Zuschuss EUR

2. Zuschuss zu Erschließungskosten EUR

3. Junglandwirteförderung EUR

5. Finanzierungsplan

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit der Zuschüsse				
		20..... EUR	20..... EUR	20..... EUR	20..... EUR	Insgesamt EUR
5.1	Gesamtkosten dav. MWSt					
5.2	Unbare Eigenleistung					
5.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)					
5.4	Beantragter Zuschuss					
5.5	Beantragter Juglandwirtezuschuss					
5.6	Beantragter Zuschuss zu den Kosten der Erschließung					
Summe (5.4 - 5.6)						

6. Erklärungen

6.1 Für den Betrieb habe ich oder hat mein Rechtsvorgänger in den letzten 6 Jahren bereits für weitere Maßnahmen Zuwendungen erhalten :

- ☐ nach den Richtlinien für das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP),
Aktenzeichen und EG-Nummer von bisherigen Bewilligungen:

6.1.1 ☐ Für die Maßnahme werde ich ein Darlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank, NRW-Bank oder KfW-Bank in Anspruch nehmen. Nach Zuteilung des Darlehens wird der Bewilligungsbehörde unverzüglich eine Ausfertigung der Darlehnsbescheinigung übersandt.

6.2 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass

- 6.2.1 die Bewilligungsbehörde eine Stellungnahme des Gutachterausschusses einholt und den Mitgliedern dieses Ausschusses die für eine Stellungnahme notwendigen Daten zur Beurteilung des Antrages mitteilt,
6.2.2 die Buchführungsdaten des Betriebes anonymisiert für eine betriebswirtschaftliche Auswertung sowie zur Evaluierung der Fördermaßnahme verwendet werden können,
6.2.3 die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes zur Entscheidung über diesen Antrag beiziehen kann,
6.2.4 die Angaben im und zum Antrag an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt werden können,
6.2.5 die Angaben zur Person und zur Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.

6.3 Ich erkläre/Wir erklären, dass

- 6.3.1 ich/wir auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses zu Nrn. 6.2.1 bis 6.2.5 sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden bin/sind,
6.3.2 bekannt ist, dass die erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung dient und dass eine Bewilligung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck vollständig enthalten sind,
6.3.3 bekannt ist, dass der Zuwendungsbescheid erlischt, wenn ich/wir nicht innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen habe(n),
6.3.4 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
6.3.5 bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des

§ 264 Strafgesetzbuch (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998, Fundstelle: Bundesgesetzblatt (BGBl) I, Seite 3322) sind. Das heißt unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen.

- 6.3.6 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane des Landes, des Bundes und der EU kontrolliert werden können, dass ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten Investitionen bezeichnen und es zu diesen begleiten werde(n) und erkläre(n), dass ich/wir ihnen das Betretungsrecht und das Recht auf eine angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen werde/werden,
- 6.3.7 der Bewilligungsbehörde innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mitgeteilt wird, ob mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen worden ist.
- 6.4 Ich/wir nehmen zur Kenntnis dass meine/unsere Daten zur Förderung (z.B. Namen und Adresse, Bezeichnung des Vorhabens, Höhe der Zuwendung) gemäß Anhang VI Nr. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1974/2006 (Durchführungsverordnung zu ELER) in das veröffentlichte Verzeichnis der Begünstigten aufgenommen wird/werden.

7. Anlagen (die Anlagen sind Bestandteil des Antrages)

1. ☐ Investitionskonzept
2. ☐ Bestätigung über das Vorliegen eines erheblichen öffentlichen Interesses (bei Aussiedlungen)
3. ☐ Verpflichtungserklärung und Bescheinigung zur Buchführung (nach Vordruck)
4. ☐ Einkommenssteuerbescheide
5. ☐ Wenn eine Veranlagung nicht durchgeführt wird, eine Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes
6. ☐ Betreuervertrag (Kopie)
7. ☐ Baurechtliche Genehmigung
8. ☐ Nachweis über das Milchkontingent
9. ☐ Jahresabschlüsse der Jahre..... und

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift des Antragstellers

Erklärung des Ehegatten

Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben über meine Einkünfte und bin mit der Verwendung dieser Angaben im Rahmen des Antragsverfahrens einverstanden.

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift des Ehegatten